

Unser Kernthema: Solidarität



Kritik: Die etablierte Politik schafft ein Gegeneinander.

Die heutige Politik verspricht allen Seiten unhaltbare Vorteile auf Kosten der Anderen. Doch es gibt bald nichts mehr zu verteilen, denn: So werden Menschen davon abgehalten, gemeinsam Wohlstand und Gerechtigkeit zu schaffen.

Die Männerpartei wurde von Menschen gegründet, die am eigenen Leib erlebt haben, wie die Politik ein Gegeneinander in den Familien schafft, wie die Politik einen Keil zwischen Männern und Frauen treibt.

Wir haben jedoch diese Erlebnisse nur zum Anlass genommen, um tiefer hinter die Kulissen der Politik zu blicken: Nicht nur im Familienrecht und der „Geschlechterpolitik“, in allen Bereichen des Lebens verschafft sich die Politik ihre Klientel, in dem sie unhaltbare Versprechungen auf Kosten der jeweils anderen abgibt. Sie gibt ihrer Klientel stets das Gefühl, benachteiligt zu sein und nur in der jeweiligen Partei Gerechtigkeit durch „gerechte Bevorzugung“ vertreten zu sehen. Was für uns an Kritik an der heutigen „Frauenpolitik“ begonnen hat, wird durch die Männerpartei zur Kritik am System der heutigen Klientelpolitik:

Diese Politik betreibt ein Gegeneinander – zwischen Frauen und Männern, Alten und Jungen, Armen und Mittestand, Dienstnehmern und der Wirtschaft. Dabei profitiert nur eine Klasse: Die Klientelpolitiker selbst! Unser Gemeinwesen nimmt jedoch schweren Schaden.

Wir wollen: Miteinander Zukunft schaffen!

Miteinander für Familie

Diese Familienpolitik ist gescheitert. Die Mehrzahl der Männer und Frauen in Vorarlberg verhält sich fair, anständig und partnerschaftlich. All diese werden niemals belohnt. Die Politik wendet sich nur einer Minderheit zu: Die verantwortungslosen Männer rutschen durch, die egoistischen Frauen werden gefördert und bis zur Eskalation beraten. Alle fairen Frauen und Männer, ihre Verwandten und natürlich die Kinder leiden unter den Folgen dieser katastrophale Familienpolitik.

Faire Frauen und Männer belohnen

Ob gemeinsam oder getrennt: Die Verantwortung für die Kinder und die Verantwortung für die eigene Existenzabsicherung sollen beide tragen. Die meisten Menschen in Vorarlberg entsprechen diesem Ideal. Lassen wir diese großartigen Menschen nicht links liegen. Sie verdienen die Zuwendung der Politik, nicht die Streitsüchtigen, nicht die Egoisten, nicht die Verantwortungslosen, nicht die Unterhaltsunersättlichen, nicht die Besuchsverweigerer und Vaterentfremder!

Die Männerpartei fordert:

Beratung und Förderung für die fairen Männer und Frauen. Heutzutage wird eine Frau besonders eifrig beraten und unterstützt, wenn sie „es ihm dreckig geben will.“ Die Mehrzahl der Frauen und Männer will das nicht, doch genau diese fallen durch den Rost. Die Männerpartei fordert die Kehrtwende: Die Egoisten sollen zukünftig weniger Hilfe bekommen als die partnerschaftlichen, solange, bis sie sich der Fairness zuwenden.

Gleiches Engagement für beide Eltern fördern

Wer rechtlos ist, wird sich nicht engagieren. Die Vorarlberger Landespolitik kann beide Eltern stärken, damit sie sich gerne mit Rechten und Pflichten in der Familie engagieren.

Die Männerpartei fordert daher:

Gleichwertige Elternschaft für alle: Vätern und Müttern, die sich engagieren wollen, ist dieses Recht zu geben. Auch die Zwangsversorgerrolle, die viele Eltern in Vorarlberg, nicht nur Trennungseltern, in das Eck der familiären Beziehungen stellt, ist durch gleichwertige Elternschaft zu ersetzen, wo auch immer dies möglich ist.

Kontaktrecht ist ein Menschenrecht

Der Kontakt zwischen Kindern und Eltern, Großeltern und Verwandten ist wesentlicher Bestandteil der grundlegenden Menschenrechte. Dieses Menschenrecht nimmt unsere Politik einfach nicht wahr. 20% aller Väter und damit Kinder, Großeltern und Verwandte sind betroffen, doch die Politik schweigt diesen Missstand tot oder verdreht sogar noch die Tatsachen.

Die Männerpartei fordert daher:

Durchsetzbares Kontaktrecht für Kinder und Eltern. Die Ausrede der Landespolitik auf den Bund gilt nicht. Vorarlberg hat den gesetzlichen Auftrag zur Wahrung des Kindeswohls. Mit diesem Auftrag in der Hand hätte es alle Befugnisse, wenn es nur endlich will.

Besuchscafés dürfen nicht mehr vom verweigernden Elternteil zur bloßen Erschwernis des Kontakts benutzt werden. Sie sind außerdem stärker zu fördern und mit dieser Förderung zeitlich auszuweiten und zu flexibilisieren.

Meine Eltern sind ein Teil meiner Identität: Vaterschaftsbetrug ist keine Bagatelle

Der Betrug um die biologische Elternschaft ist das weitverbreitetste „Kavaliersdelikt“, auch in Vorarlberg. Vaterschaftsbetrug ist schwere seelische Grausamkeit an Kindern, falschen und echten Vätern und allen Verwandten. Das Land Vorarlberg soll handeln! Aufklärung, kostenlose Tests zur Abschreckung und die Forderung von realistischen Strafen ohne zu frühe Verjährung sind die Mindestforderungen der Männerpartei.

Familie? Aber gerne!

Mit den Ideen der Männerpartei, mit fairem Familienrecht und der Förderung eines Miteinanders, werden Menschen wieder zunehmend gerne Familien gründen. Faire Familienpolitik bedeutet Lebensfreude für die Menschen und Nachhaltigkeit für unser Land. Familienpolitik ist kein „Nebenthema“. Familienpolitik ist die Grundlage für die Zukunft unseres Landes.

Miteinander für Lebensqualität***Das Ende der einseitigen Versorgerrolle***

Wenn sich Paare einvernehmlich für Arbeitsteilung entscheiden, erleben viele auf diese Weise eine harmonische, lange Partnerschaft. Doch für immer mehr Männer wird die einmal freiwillig gewählte Versorgerrolle zur Falle: Es darf nicht sein, dass Menschen lebenslang dazu verpflichtet werden, einen anderen Menschen zu erhalten, der selbst arbeiten könnte. Es darf nicht sein, dass der Versorger seinen Teil einer Abmachung lebenslang unter Zwang zu erfüllen hat, wenn der andere Teil nicht eingehalten wurde oder wird. Die Realität ist: Wenn eine Frau sich mit 40 scheiden lässt, muss sie nie wieder arbeiten. Sie darf lebenslang vom Geld des Mannes erhalten werden, das hat der OGH so entschieden. Die Politik weiß das, doch handelt nicht.

Der Zwang zur Versorgerrolle bringt viele Männer in die Ausweglosigkeit: Neue Lebensplanungen, die Freude an der eigenen Arbeit und der Antrieb zum Verdienst sind dahin. Wer arbeitet noch mit Freude, wenn er selbst nichts mehr davon hat?

Die Männerpartei fordert für die Lebensqualität der Menschen: Die Versorgerrolle ist sofort zu begrenzen: Auf tatsächlich erbrachte Gegenleistung des Partners und um die Forderung nach fairem Eigenerwerb beider ergänzt.

Eine Balance zwischen Arbeit und Leben

Vorarlbergs Menschen erbringen besonders gerne Leistungen, wenn diese Leistungserbringung in Harmonie mit ihrem Privatleben stehen kann. Diese wichtige Balance zwischen Beruf und Privatleben ist nachhaltig sicherzustellen. Die Männerpartei fordert für Alle den gerechten Lohn für die eigene Leistung, die Unterstützung von Menschen mit hoher Berufsbelastung und die Förderung von Teilzeitmodellen für Männer und Frauen von Anfang an.

Menschen, die Zusammenleben, sind besonders dabei zu unterstützen, dass die Belastung der Versorgerrolle nicht auf eine Person abgewälzt wird. Durch partizipative Aufteilung der Erwerbsarbeit gewinnen die Menschen Zeit für Familie.

Wenn Menschen trotz gemeinsamer Erwerbstätigkeit finanziell nicht das Auslangen finden, sind sie mit klarem Ziel besonders darin zu unterstützen, dass gleichteiliges Engagement für die Familie und das Miteinander zu unterstützen ist.

Aktuell werden Menschen dann besonders gefördert, wenn sie sich im Streit oder „kalten Krieg“ befinden. Mütter, die sich Engagement und Zeit für die Kinder mit Vätern fair teilen, haben heutzutage das Nachsehen gegenüber Vaterentfremderinnen, welche das Kind lieber in den Hort stecken als zu Vater oder Grosseltern zu geben. Diese Förderung des Gegeneinanders ist sofort umzukehren:

Wer miteinander Zukunft und Familie gestaltet, ist zu fördern und damit zu belohnen.

Gesundheit und Bewusstsein fördern

Die seelische und körperliche Gesundheit ist unser höchstes Gut. Die Landespolitik soll sich daher mit der Gesundheit der Menschen mindestens ebenso intensiv wie mit Geld befassen. Vorsorge ist dabei als beste und günstigste Gesundheitspolitik zu bevorzugen.

Gesundheitsvorsorge, besonders durch bessere Prävention an den Arbeitsplätzen, auch über die direkte Berufstätigkeit hinausblickend, und durch volksnahe Angebote und Ausrichtungen psychosomatischer Ansätze sowie die Umstellung des Gesundheitssystems im Sinne einer besseren zeitlichen Zugänglichkeit für Berufstätige sind die obersten Ziele.

Spezifische Ausrichtungen dürfen keine ideologischen Blindflecken mehr aufweisen. Die kürzere Lebenserwartung und die 3-4 mal höhere Selbstmordrate der Männer sind ein Alarmsignal: Die Politik darf sich auch einmal mit den Sorgen der Männer befassen. Die Furcht, dabei die „Büchse der Pandora“ zu öffnen und aufzudecken, welche verheerenden Folgen unser Familienrecht auch auf Wohl und Gesundheit der Männer in Vorarlberg hat, mag eine Furcht der Missstände zudeckenden Parteipolitik sein, doch auch im gesundheitspolitischen Hinblick fordert die Männerpartei den Mut zur Wahrheit: Täglich werden Menschen in ihrer Lebensfreude und Gesundheit massiv geschädigt, mit Unterstützung der Politik.

Wirtschafts-, Finanz und Sozialpolitik: Miteinander für das Gemeinwohl

Die Politik mag, wie immer, stets von Geld sprechen, kühne Forderungen in Prozent und Euro stellen und damit bare Münze versprechen.

Die Männerpartei jedoch fasst Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unter dem Begriff Gemeinwohl zusammen.

Die bisherige Trennung von Wirtschafts-, Finanz und Sozialpolitik dient nämlich auch dem Zweck, der Wirtschaft durch die Wirtschaftspolitiker die einen Versprechungen, den Steuerzahlern durch den Finanzpolitiker die anderen Aussichten und den Hilfsbedürftigen durch den Sozialpolitiker die nächsten Hoffnungen zu geben – im Gesamten unlösbare Versprechungen, die Stimmen bringen mögen, jedoch keine Zukunft für die Menschen.

Gemeinwohl bedeutet, miteinander Zukunft zu gestalten, statt gegenseitig auf Vorteile zu hoffen.

Gemeinwohl bedeutet, dass jeder fair seinen Beitrag leistet. Dazu benötigen wir zuallererst eine neue Identifikation der Menschen mit dem Gemeinwohl. Die aktuelle Klientelpolitik ist daher abzuschaffen und durch Solidaritätspolitik zu ersetzen, siehe Schlusskapitel.

Gemeinwohl bedeutet, dass unterschiedliche Rentenalter anzugleichen sind, damit seinen fairen Beitrag leisten kann. Gemeinwohl bedeutet, dass niemand mehr ohne Gegenleistung vom Unterhalt eines anderen lebt oder vom Unterhalt der Kinder mitlebt, sondern selbst seinen gerechten Beitrag leistet.

Gemeinwohl bedeutet, jedem Menschen die Chance, den Willen und die Aufgabe zu geben, seinen Beitrag zu leisten: Durch seine eigene Existenzabsicherung, womit sich automatisch der faire Beitrag möglichst Vieler zu unserem Steuer-, Sozial-, Gesundheits- und Pensionssystem ergibt, denn:

- Unsere Steuersätze sind zu hoch, sie könnten reduziert werden bei höheren Gesamteinnahmen – wenn alle an einem Strang ziehen.
- Unser Gesundheitssystem braucht keine höheren Beiträge der Menschen oder radikale Einsparungen. Es braucht einfach mehr Beitragszahler, um das Gesundheitssystem nachhaltig zu finanzieren.
- Unser Rentensystem ist nicht verloren, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten.

Das „sich versorgen lassen“ durch Andere, besonders im Falle ungerechter Unterhaltszahlungen, ist nicht nur gegenüber dem Zahler unfair, sondern gegenüber uns allen: Wer sich ohne Recht erhalten lässt, verweigert auch dem Gemeinwohl, den Staats- und Landesfinanzen, dem Sozial- und Gesundheitssystem und der Rentenkasse seinen Beitrag und schadet somit uns allen.

Daher ist das Ziel der Eigenversorgung ein Ziel wahrer Gemeinwohlpolitik, ebenso wie die Abschaffung alter Ungleichheiten wie im Pensionsantrittsalter.

Beihilfen, für alle, denen sie zustehen

Ob Mindestsicherung, die Beihilfen der Wohnpolitik oder sonstige sozialpolitische Maßnahmen: Zuerst sind die bedürftigen und fairen Menschen Vorarlbergs zu bedenken. Fördermaßnahmen sind nach den Gesichtspunkten des Willens zur Eigenversorgung und partizipativem Verhalten, besonders wenn es um Kinder geht, bevorzugt zu vergeben.

Wollen sich beide Eltern bemühen, sind sie zu gleichen Teile zu unterstützen, wie sie für ihre Kinder Leistung erbringen, statt ein Elternteil zu fördern und das Andere finanziell knebeln zu lassen.

Eine besondere Absage erteilt die Männerpartei der Förderstrategie, durch Förderungsverweigerung faire Männer und Frauen zu bestrafen. Einer Frau, die ihrem ehemaligen Partner freiwillig genug Geld zum Leben lässt, wird heutzutage einfach die Wohnbeihilfe verweigert, mit der Aufforderung, zuerst das letzte Geld vom Mann zu holen, bevor sie Beihilfe erhält. Das ist eine Streit und Unfrieden stiftende Regelung, welche sofort umgekehrt gehört: Ab sofort sind die fairen Frauen und Männer für Beihilfen zu bevorzugen, statt umgekehrt.

Soziale Dienste für alle fördern

Ob die Wehrpflicht mit ihrem Beitrag zur Sicherheit und zum Katastrophenschutz, der Zivildienst mit seinen sozialen Leistungen, die Pflege oder das Ehrenamt: Die Männerpartei sieht unter Solidaritätspolitik den Willen aller, ihren Beitrag zu leisten. Wenn Österreicher gemeinsam ihre Pflicht erfüllen, so sind alle Männer und Frauen dieses Landes dazu eingeladen und aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten.

Das Ehrenamt ist eine wichtige Stütze der Gesellschaft dieses Landes. Während in der Pflege alter Menschen mehrheitlich Frauen großartiges leisten, so sind es im Ehrenamt mehrheitlich Männer, die eine wichtige Stütze darstellen. Die Landespolitik soll die unersetzlichen Leistungen von Männern und Frauen in Vorarlberg würdigen, statt sie gegeneinander aufzurechnen, wie es die aktuelle Frauenpolitik betreibt.

Vorarlbergs Menschen leisten bereits in gutem Miteinander Großes. Die Anteile aller sind wertzuschätzen und zu fördern, damit weiterhin Menschen gerne für andere da sind.

Chancengleichheit heißt Gerechtigkeit!

Chancengleichheit ist nicht Ergebnisgleichheit. Die Quote ist keine Chancengleichheit, sondern das Gegenteil: Absichtliche Benachteiligung von Männern.

Die meisten Stellen im Land leugnen das Betreiben der Quote, weil sie in Wirklichkeit wissen, dass sie damit ungerecht handeln. Doch in Wirklichkeit werden Quotenbesetzungen als solche verheimlicht und verschleiert. Immer öfter wird bei Dienststellen des Landes und landesnahen Betrieben nach Geschlecht bevorzugt entschieden. Damit werden nicht nur Männer heimlich benachteiligt, auch die

Leistungen der Frauen Vorarlbergs, welche die Quote nicht brauchen und nicht wollen, werden in das falsche Licht gerückt.

Die Quote nutzt, wie vieles in der heutigen Klientelpolitik, nur den Egoisten, nicht der Mehrheit der fairen Menschen in Vorarlberg.

Die Männerpartei fordert Chancengleichheit statt Quote, denn nichts ist einfacher als Gerechtigkeit.

Umwelt- und Energiepolitik

Die Männerpartei nennt Nachhaltigkeit als einen ihrer Grundwerte. Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik bedeutet, Energierückgewinnung und effiziente Energieumsetzung zu stärken. Erneuerbare Energien sollen für die Zukunft selbstverständlich sein.

Die Wasserkraft stellt eine wertvolle Energiequelle dar, welche zukunftsfähiger als fossile Energien oder die Kernenergie sind. Einer Führung der Wasserkraft in Hand des Landes stimmen wir aus umweltpolitischen Gründen zu. Doch soll diese Führung der Wasserkraftunternehmen nicht dazu benutzt werden, um Finanzen zu verschieben oder energieferne Unternehmen zu kaufen und wieder abzustoßen.

Die Führung der Energieunternehmen und die Agenden des Umweltlandesrates widersprechen sich und sind unvereinbar. Energie und Umwelt sind auf verschiedene Ressorts aufzuteilen.

Sicherheit

Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Zuvorderst steht der Schutz der Menschen vor Gewalt. Doch Gewaltschutz entwickelt sich eindimensional: Während häusliche Gewalt vorbildlich thematisiert und der Schutz dagegen intensiv entwickelt wurde, scheint die Landespolitik zahlreiche Formen der Gewalt zu vergessen:

Alltägliche Gewalt: Gewaltprävention beginnt in der Familie und wird in der Schule weiterentwickelt. Während die heutige Politik das Chaos in den Familien verantwortet und Gewaltbereitschaft den Boden bereitet, kommt die besonders wichtige Entwicklung sozialer Kompetenzen in der Schule ebenso zu kurz. Die Männerpartei fordert zusätzlich zu endlich gerechter Familienpolitik das intensive Fördern des sozialen Lernens in den Schulen.

Staatsgewalt: Die Leitung von Justiz und Exekutive gibt naturgemäß ungenügend Fehler zu. Doch auch diese geschehen. Wer zu Unrecht Opfer der Staatsgewalt wird, ist ebenso ein Gewaltopfer.

Seelische Gewalt: Die meisten Formen seelischer Gewalt sind straffrei oder praktisch folgenlos. Das ständige Androhen eines Partners, ihn durch Scheidung oder Kindesentzug fertigzumachen, oft der Anfang der Spirale häuslicher Gewalt, aber auch Kontaktverweigerung, Vaterentfremdung, Vaterschaftsbetrug oder lebenslange Ausbeutung sind schwere seelische Gewalttaten. Aus Sicht der Gewaltprävention sind sie aus zwei Aspekten zu berücksichtigen: Als zu bekämpfende Gewalt und als Ursache von weiterer Gewalt.

Alle Formen dieser Gewalt sind komplett in der Gewaltstatistik zu erfassen und vollständig in den Gewaltschutz zu integrieren. Der Gewaltschutz der Zukunft geht also gegen staatliche Willkür, Kontaktverweigerung und häusliche Gewalt gleichermaßen konsequent vor.

Bildung

Als Basis einer guten sowie als Ursache einer schlechten Bildung hat die Männerpartei bereits fehlende Sozialkompetenzen verursacht durch unsere Familienpolitik dargestellt. Unser Bildungssystem soll nicht erst notdürftig reparieren, was unsere Familienpolitik an Schäden angerichtet hat

Des Weiteren ist soziales Lernen in den Unterricht von Grund auf zu integrieren, damit Solidaritätspolitik auf sozial denkenden Menschen weiter aufbauen kann.

Der aktuelle Ideologiekrieg zwischen Verfechtern der Gesamtschule und des differenzierten Unterrichts entspricht nicht dem Solidaritätsideal der Männerpartei. Leistung soll sich lohnen, doch Schwache sind zu fördern. Eine Möglichkeit zur Umsetzung dieses Zieles sieht die Männerpartei in einer leistungs- und förderungsbezogenen Schule mit klaren Leistungsgruppen. Je tiefer ein Schüler in der Leistungsgruppe steht, desto mehr Unterricht erhält er in diesem Fach, womit der für Viele schon nicht mehr leistbare Förderunterricht durch den Regelunterricht inkludiert ist. So erhalten schwache Schüler ihre Chance und gute Schüler können sich entfalten.

Das oberste Ziel: Solidaritätspolitik

Die Männerpartei fordert den sofortigen Ersatz jeglicher Klientelpolitik durch Solidaritätspolitik. Eine Landesrätin wie ein Chamäleon für jede Klientel, die einmal Frauen- dann wieder Männer und nächstes mal Gleichbehandlungslandesrätin sein will, ist durch einen Landesrat für Solidarität zu ersetzen. Statt neiderweckende, einseitige und vorwurfsvolle Genderstudien zu betreiben, soll sich der Solidaritätslandesrat darum kümmern, das Gemeinschaftsgefühl der Menschen zu erfassen und nach Kräften zu fördern.

Denn die Männerpartei drückt das Gemeinschaftsgefühl von Vorarlbergs Männern und Frauen aus: Es geht nur Miteinander, doch Miteinander können wir viel Erreichen!